



# Generalversammlung

Verteilung: Allgemein  
5. Januar 2023

---

## Siebenundsiebzigste Tagung

Tagesordnungspunkt 136

Überprüfung der administrativen und finanziellen  
Effizienz der Vereinten Nationen

### Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 30. Dezember 2022

[aufgrund des Berichts des Fünften Ausschusses (A/77/673, Ziff. 10)]

#### **77/267. Paradigmenwechsel im Management der Vereinten Nationen: Überprüfung der Änderungen am Haushaltszyklus**

*Die Generalversammlung,*

*unter Hinweis auf ihre Resolution 72/266 A vom 24. Dezember 2017,*

*nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs „Paradigmenwechsel im Management der Vereinten Nationen: Überprüfung der Änderungen am Haushaltszyklus“<sup>1</sup> und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen<sup>2</sup>,*

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs;
2. *schließt sich* den Schlussfolgerungen und Empfehlungen im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen *an*;
3. *verweist auf* die Ziffern 6 und 7 ihrer Resolution 72/266 A, in der sie die versuchsweise Umstellung von einer Zweijahres- auf eine Einjahreshaushaltsperiode billigte, beschließt, den Versuchszeitraum mit Wirkung ab dem Jahr 2023 aufzuheben, und ersucht den Generalsekretär, die Vorlage des Programmhaushaltsplans weiterhin entsprechend einem Einjahreszyklus vorzunehmen;
4. *stellt fest*, dass die versuchsweise Umstellung von der Zweijahres- auf die Einjahreshaushaltsperiode nicht kostenneutral erfolgte, und vermerkt außerdem das Fehlen eines tätigkeitsbezogenen Kostenermittlungssystems, um den Arbeitsanfall und die bei der Erstellung von Unterlagen für den Programmhaushalt entstehenden Nebenkosten zu erfassen;

---

<sup>1</sup> A/77/485 und A/77/485/Corr.1.

<sup>2</sup> A/77/7/Add.20.



5. *verweist auf* die Ziffern 19, 28 und 38 des Berichts des Beratenden Ausschusses und ersucht den Generalsekretär, eine umfassende Überprüfung des Einjahreszyklus vorzunehmen, einschließlich seiner finanziellen, administrativen und verfahrensbezogenen Auswirkungen, seiner Auswirkungen auf die Erfüllung von Mandaten in den jeweiligen Kapiteln des Programmhaushaltsplans sowie auf den Arbeitsanfall und die Nebenkosten, und einen Bericht zur Behandlung durch die Generalversammlung während des Hauptteils ihrer dreiundachtzigsten Tagung im Jahr 2028 vorzulegen;

6. *verweist* außerdem auf Artikel 3.2, Absätze 4 und 5 der Regeln und Ausführungsbestimmungen für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden<sup>3</sup>, bekräftigt, dass der Fünfte Ausschuss der für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zuständige Hauptausschuss der Generalversammlung ist, und betont, wie wichtig es ist, dass der Fünfte Ausschuss Beschlüsse zum Programmhaushaltsplan zeitnah fasst;

7. *bekräftigt*, dass Änderungen der Methode der Aufstellung des Haushaltsplans, der etablierten Haushaltsverfahren und -praktiken oder der Finanzordnung nur nach vorheriger Prüfung und Genehmigung durch die Generalversammlung im Einklang mit den etablierten Haushaltsverfahren vorgenommen werden dürfen;

8. *verweist auf* Ziffer 11 des Berichts des Beratenden Ausschusses und ersucht den Generalsekretär, der Generalversammlung vorgeschlagene Änderungen der Finanzordnung und Finanzvorschriften der Vereinten Nationen<sup>4</sup> und der Regeln und Ausführungsbestimmungen für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden zur Behandlung vorzulegen;

9. *verweist außerdem auf* ihre Resolution [58/250](#) vom 23. Dezember 2003, bekräftigt erneut, dass es keine Ausnahmen von der Regel geben soll, dass Dokumente in allen Amtssprachen verteilt werden müssen, weist nachdrücklich auf das Prinzip hin, dass alle offiziellen Dokumente gleichzeitig in allen Amtssprachen verteilt werden müssen, bevor sie auf den Webseiten der Vereinten Nationen veröffentlicht werden, und ersucht den Generalsekretär erneut, Sorge dafür zu tragen, dass Dokumente gemäß der Sechs-Wochen-Regel zur gleichzeitigen Verteilung in den sechs Amtssprachen bereitgestellt werden;

10. *erklärt erneut*, dass der Generalversammlung die Teile I und II des Entwurfs des Programmhaushaltsplans über den Programm- und Koordinierungsausschuss und Teil III über den Beratenden Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zur Prüfung vorgelegt werden;

11. *würdigt außerdem* die Rolle des Programm- und Koordinierungsausschusses als wichtigstes Nebenorgan der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats für Planung, Programmierung und Koordinierung, sowie seine Funktion, zu verifizieren, dass die Tätigkeitsprogramme der Organisation im Einklang mit den Mandaten der beschlussfassenden Organe durchgeführt werden und dass die volle Anwendung der Vorschriften und Regeln gewährleistet ist;

12. *empfiehlt*, dass der Programm- und Koordinierungsausschuss im Einklang mit seinem Mandat Empfehlungen für alle im Entwurf des Programmhaushaltsplans enthaltenen Programme abgibt;

---

<sup>3</sup> ST/SGB/2018/3.

<sup>4</sup> [ST/SGB/2013/4](#) und [ST/SGB/2013/4/Amend.1](#).

13. *weist darauf hin*, dass der Programm- und Koordinierungsausschuss die Entwürfe der Programmpläne gemäß seinem Auftrag behandelt, und weiß die fortgesetzten Bemühungen des Ausschusses zu schätzen, bei allen Programmen des Entwurfs des Programmhaushaltsplans Konsens zu erzielen;
14. *beschließt*, die Dauer der Tagungen des Programm- und Koordinierungsausschusses mit Beginn der dreiundsechzigsten Tagung des Ausschusses auf fünf Wochen zu verlängern;
15. *erinnert an* Ziffer 12 ihrer Resolution [31/93](#) vom 14. Dezember 1976 und bestärkt die Mitgliedstaaten weiterhin darin, sich im Programm- und Koordinierungsausschuss, dessen zentrale Rolle und Gesamtverantwortung anerkannt ist, von hochrangigen Sachverständigen vertreten zu lassen und die Kontinuität ihrer Vertretung zu gewährleisten;
16. *erinnert außerdem an* Ziffer 22 des Berichts des Beratenden Ausschusses und erklärt erneut, dass der Programm- und Koordinierungsausschuss und der Beratende Ausschuss den Entwurf des Programmhaushaltsplans im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat prüfen und der Generalversammlung unter Wahrung der Abfolge der Überprüfungsprozesse ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur abschließenden Genehmigung des Programmhaushaltsplans unterbreiten sollen;
17. *beschließt*, dass die Tagungen des Programm- und Koordinierungsausschusses mit Wirkung ab der vierundsechzigsten Tagung des Ausschusses im Jahr 2024 spätestens Mitte Juni enden, um mehr Zeit für die inhaltliche Beratung der Programme und die Abstimmung mit den zuständigen Organen der Vereinten Nationen zu gewährleisten;
18. *ersucht* den Generalsekretär, ein Verfahren zu bewerten, mit dessen Hilfe der Beratende Ausschuss von möglichen finanziellen Auswirkungen, die unter Umständen infolge der Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses entstehen können, in Kenntnis gesetzt wird, und es der Generalversammlung zur Behandlung vorzulegen, um die vorgesehene Abfolge des Überprüfungsprozesses im Rahmen des Einjahreszyklus zu erörtern;
19. *unterstreicht erneut* die Rolle des Plenums und der Hauptausschüsse der Generalversammlung bei der Überprüfung der Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses, die ihre Arbeit betreffen, und der diesbezüglichen Beschlussfassung gemäß Artikel 4.10 der Regeln und Ausführungsbestimmungen für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden;
20. *verweist erneut* darauf, dass in Fällen, in denen der Programm- und Koordinierungsausschuss für ein bestimmtes Unterprogramm oder Programm des Entwurfs des Programmhaushaltsplans keine Schlussfolgerungen und Empfehlungen vorlegen kann, das Plenum oder der für die betreffenden Mandate zuständige Hauptausschuss oder die zuständigen Hauptausschüsse der Generalversammlung das jeweilige Unterprogramm oder Programm unmittelbar zu Beginn ihrer Tagung behandeln, um dem Fünften Ausschuss so bald wie möglich, spätestens jedoch vier Wochen nach dem Beginn der Tagung, Schlussfolgerungen und Empfehlungen zur zeitnahen Prüfung vorzulegen;
21. *beschließt*, dass der Fünfte Ausschuss den Bericht des Programm- und Koordinierungsausschusses während des Hauptteils der Tagung der Generalversammlung unter dem Tagesordnungspunkt „Programmplanung“ so früh wie möglich, spätestens jedoch in der ersten Novemberwoche, behandeln wird;
22. *würdigt* die Bemühungen der Präsidentschaft der Generalversammlung und des Vorsitzes des Fünften Ausschusses, die Prüfung der Programme ohne Empfehlungen des

Programm- und Koordinierungsausschusses bei den Vorsitzenden der zuständigen Hauptausschüsse gemäß Ziffer 16 ihrer Resolution 76/236 vom 24. Dezember 2021 weiterzufolgen, und beschließt, dass die nächsten Präsidentschaften der Generalversammlung und die nächsten Vorsitzenden des Fünften Ausschusses mit den Vorsitzenden der Hauptausschüsse Kontakt aufnehmen und diese unterstützen werden, um sicherzustellen, dass die Schlussfolgerungen und Empfehlungen rechtzeitig herausgegeben werden;

23. *ersucht* den Generalsekretär, Sorge dafür zu tragen, dass alle Hauptausschüsse vor Beginn der Tagung zu Informationszwecken in ihren Arbeitsbereichen (Committee Places) auf dem e-deleGATE-Portal Zugang zu den Programmen des Entwurfs des Programmhaushaltsplans und zum jüngsten Bericht des Programm- und Koordinierungsausschusses haben;

24. *beschließt*, die Dauer der ersten wiederaufgenommenen Tagung des Fünften Ausschusses mit Wirkung ab der achtundsiebzigsten Tagung auf fünf Wochen zu verlängern;

25. *vermerkt* die erhöhte Arbeitsauslastung des Fünften Ausschusses, des Programm- und Koordinierungsausschusses, des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen und des Sekretariats;

26. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, sicherzustellen, dass die Ergebnisse und, soweit möglich, die Leistungsmaßstäbe tatsächlich die Erfolge und Auswirkungen bei der Durchführung der Programme der Organisation und nicht derjenigen einzelner Mitgliedstaaten wiedergeben;

27. *weist auf* die Ziffern 33 und 46 des Berichts des Beratenden Ausschusses *hin*, betont, dass Rechenschaftspflicht ein Kernprinzip der Managementreform ist, und ersucht den Generalsekretär, seine Bemühungen fortzusetzen, eine starke Kultur der Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht, die Einhaltung von Vorschriften und Regeln und die Erzielung von Ergebnissen sicherzustellen;

28. *bekundet ihre Unterstützung* für die Anstrengungen des Sekretariats, die Programmverantwortlichen besser einzubeziehen und zu unterstützen, um die Wirksamkeit und Ergebnisorientiertheit der Organisation zu steigern, und begrüßt die Entschlossenheit und die laufenden Anstrengungen des Sekretariats, die programmspezifischen Aspekte, einschließlich der geplanten Ergebnisse, der Leistungsmaßstäbe und externer Faktoren, des Programmhaushaltsplans zu verbessern und zu aktualisieren;

29. *betont*, dass die wirksame und effiziente Mandatsdurchführung der Hauptfaktor bei der Feststellung des Mittelbedarfs des Sekretariats ist;

30. *ersucht* den Generalsekretär, die wirksame und effiziente Nutzung verfügbarer Ressourcen und die Programmdurchführung seitens der Programmverantwortlichen sicherzustellen, unter anderem durch klar definierte, ergebnisorientierte Leistungsindikatoren und Referenzgrößen;

31. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von den kumulativen Verbesserungen in der formalen Gestaltung des Entwurfs des Programmhaushaltsplans, die sich aus der Anwendung der Leitlinien der Generalversammlung während des Versuchszeitraums für den Einjahreshaushalt ergeben haben, und begrüßt die Vorlage des Entwurfs des Programmhaushaltsplans und der Programmdurchführung zusammen mit dem Entwurf des stellenbezogenen und nicht stellenbezogenen Mittelbedarfs in ein und demselben Dokument;

32. *weist auf* Ziffer 45 des Berichts des Beratenden Ausschusses *hin*, bekräftigt den programmatischen Charakter des Haushalts der Vereinten Nationen und ersucht den Generalsekretär, die bestmögliche Arbeitsweise aller Programme durch eine verbesserte formale

Gestaltung und durch die Verknüpfung von vorgeschlagenen Mitteln und Programmdurchführung zu bewahren;

*56. (wiederaufgenommene) Plenarsitzung  
30. Dezember 2022*